

SCHWEIZ SEITE 11

Chirurgen wollen länger am OP-Tisch stehen

Clinch unter Ärzten wegen Arbeitszeiten

Während ein Teil der Spitalärzte für eine bessere Work-Life-Balance kämpft, möchten die Chirurgen vor allem Routine gewinnen. Doch nicht nur in dieser Frage tun sich Gräben auf.

Simon Hehli

Die Streitereien um die Arbeitszeiten von Spitalärzten haben in den letzten Wochen an Schärfe gewonnen: Der Spitalverband H+ fordert eine «Flexibilisierung» der aus seiner Sicht zu starren Regeln – insbesondere die wöchentliche Höchstarbeitszeit von 50 Stunden ist den Spitälern ein Dorn im Auge.

Der Verband der Assistenz- und Oberärzte VSAO ist ganz anderer Meinung. Er wehrt sich gegen eine Aufweichung des Arbeitsgesetzes, weil er sowohl die Work-Life-Balance der Ärzte als auch die Sicherheit der Patienten in Gefahr sieht. Mit einer kürzlich veröffentlichten Umfrage unter den Spitalmedizinerinnen will der Verband diese Position untermauern. Doch nicht alle Direktbetroffenen unterstützen den Kampf des VSAO gegen exorbitante Arbeitszeiten. Der Verband der chirurgisch und invasiv tätigen Ärzte FMCH stellt sich in einem neuen Positionspapier auf die Seite von H+. Rund die Hälfte der 8000 Mitglieder ist in Spitälern beschäftigt, der Rest arbeitet in freien Praxen. Auch aus Sicht der FMCH ist das Arbeitsgesetz zu strikt. Ein Drei-Schicht-Dienstplan, der die Patientensicherheit gewährleiste, führe zwangsläufig zu Überzeiten und sei mit der Rigidität des Arbeitsgesetzes nicht vereinbar, steht im Papier. Und weiter: «Die Spitälern und ihr Dachverband H+ weisen mit Recht auf die Gefährdung einer wirtschaftlichen Betriebsführung hin. Es würden zudem mehr Assistenz- und Oberärzte benötigt.»

Alles stehen und liegen lassen?

FMCH-Präsident Josef Brandenburg betont, sein Verband wolle nicht an der Höchstarbeitszeit von 50 Wochenstunden rütteln. Aber es müsse möglich sein, auch einmal einen Sondereffort zu leisten. Er zeigt dies an einem Beispiel auf: «Es kommt ein Patient mit einer Schenkelhalsfraktur auf die Notfallstation, der Assistenzarzt könnte die Operation übernehmen, unterstützt vom Oberarzt – aber weil seine Schicht schon vorbei ist, muss er wegen des Gesetzes widerwillig alles stehen und liegen lassen. Solche Situationen wollen wir verhindern.» Ärztliches Handeln erfordere nun einmal Dauereinsätze, die nicht mit den üblichen Arbeitszeiten in Gewerbe, Industrie oder Dienstleistungssektor vergleichbar seien.

Assistenzärzte, die auf kürzere Einsätze pochen, sprechen oft von einem Generationen-Gap: Die älteren Ärzte seien so sozialisiert worden, dass man am Spital einfach viel arbeite; die Jungen hingegen legten mehr Wert auf das Privatleben. Doch laut Brandenburg geht der Graben vielmehr zwischen jenen Assistenzärzten auf, die Chirurgen werden wollen, und den anderen – etwa künftigen Hausärzten. «Angehende Chirurgen wollen möglichst viel operieren können, denn je mehr Fälle sie haben, umso mehr lernen sie.»

Wenn solche Mediziner die Arbeitszeiten nicht einhielten, dann aus eigener Motivation, nicht weil «böse Bosse» sie dazu zwingen würden. «Leistungswillige Leute mit einem rigiden Arbeitsgesetz zu bremsen, ist keine Lösung», betont Brandenburg. Sein Verband habe ein eminentes Interesse an gut ausgebildetem Nachwuchs. Doch es sei heute gar nicht mehr möglich, die Weiterbildungs-Curricula, insbesondere die

geforderte Anzahl von Operationen, in der gebotenen Zeit zu erfüllen.

Zu viele Übergaben als Gefahr

Eine andere Position als der VSAO nimmt der Chirurgenverband auch in Bezug auf die Patientensicherheit ein. Es liege keine Evidenz vor, bei welcher Höhe der zeitlichen und leistungsmässigen Beanspruchung der Ärzte das Risiko für die Behandelten untragbar werde. Aus Sicht der FMCH ist es gerade das Arbeitsgesetz, das Patienten gefährde: Denn je kürzer die Schichten sind, umso grösser ist die Anzahl der Übergaben. «Gibt es in einem Spital mehr Schnittstellen, steigt aber auch die Fehlerhäufigkeit, das zeigen Studien», sagt Brandenburg.

Einig sind sich FMCH, VSAO und H+ immerhin in einem Punkt: Es braucht eine Entlastung der Ärzte von administrativen Pflichten. «Der Abbau der Infrastruktur, wie beispielsweise Sekretariate und Sozialdienste, muss rückgängig gemacht werden», fordert deshalb Josef Brandenburg.

© **Neue Zürcher Zeitung**